

**Sigrid Faath**  
**Januar 2002**

## **Die Nationalstaaten in Nordafrika/Nahost zwischen Stagnation und Wandel**

### *Wahrnehmung der Entwicklungen in Nordafrika/Nahost zwischen Hoffnung und Enttäuschung*

Die Wahrnehmungen und Interpretationen der aktuellen Entwicklungen in den arabischen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens sind zur Zeit überwiegend negativ. Nicht nur ausländische Beobachter, auch die Kommentare inländischer Beobachter in jenen Staaten, die ein größeres Meinungsspektrum zulassen wie Marokko, Algerien, Ägypten, Libanon oder Jordanien drücken Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit aus, ob es sich um die Beilegung des Nahostkonflikts, der bewaffneten Konflikte in Algerien und dem Sudan oder um die innenpolitische und sozioökonomische Entwicklung und Zukunft der einzelnen Staaten handelt.

Als 1999 zuerst im Februar in Jordanien, dann im Juli in Marokko und schließlich im Juli 2000 in Syrien durch natürlichen Tod im Amt ein Wechsel im höchsten Staatsamt stattfand, wurden dagegen im In- und Ausland „positive“ Szenarien entwickelt, die um einen Wandel in der Politik, eine Öffnung der politischen Systeme und einen Modernisierungsschub kreisten. Anstoß für diese Erwartungen gab insbesondere die Tatsache, dass in diesen Ländern die Nachfolger im höchsten Staatsamt König Abdallah von Jordanien, Mohammed VI. von Marokko und Bashshar al-Asad von Syrien der Generation der 30-40jährigen angehören; ihnen wurden automatisch liberalere Herrschaftstechniken und Modernisierungsabsichten unterstellt.

Solche Hoffnungen auf einen System- und Politikwandel, der die sozioökonomische Entwicklung und damit langfristig den inneren Frieden sichert, datieren allerdings nicht erst seit 1999; sie kamen in regelmäßigen Abständen bereits in der Vergangenheit auf, wenn periodische „Kurskorrekturen“, das heißt wenn ein mehr oder weniger einschneidender wirtschaftlicher oder politischer Eingriff stattfand. Alle als „Neuanfänge“ wahrgenommenen Situationen – ob nach Erreichen der Unabhängigkeit, nach erzwungenen Machtwechseln oder nach Bekanntgabe neuer politischer oder ökonomischer Konzepte – weckten jeweils Erwartungen in einzelnen Bevölkerungs- und Interessengruppen in Nordafrika/Nahost. Es kam wegen dieser jeweils neu geweckten Hoffnungen auf Seiten der Bevölkerungen in der Region periodisch immer wieder zur Erneuerung der Unterstützungsbereitschaft und zur Solidarisierung mit der Staatsführung.

Die mit „Kurskorrekturen“ oder Machtwechseln verbundenen Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit betreffen seit den 1980er Jahren *in aller erster Linie* konkrete Leistungen im sozioökonomischen und Wohlfahrtsbereich: Im Mittelpunkt steht die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung des Lebensstandards und der Konsummöglichkeiten, die Erhöhung der Chancen für sozialen Aufstieg und – bei den Vertretern der Privatwirtschaft – die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern. In Politik und Medien des europäischen Auslandes und der USA wird nach jedem Politik- und Machtwechsel als erstes der Wunsch nach Liberalisierung und Demokratisierung der politischen Systeme laut. Die Enttäuschung trat bislang meist schnell ein: im europäischen/amerikanischen Ausland, weil eine Demokratisierung nicht eingeleitet wurde, und in den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten, weil sich durch Machtwechsel oder Kurskorrekturen die sozioökonomische Lage der Bevölkerung weder schnell noch für breite Schichten konkret und spürbar verbesserte. Gegenwärtig fällt deswegen häufig der Begriff „Stagnation“, um die sozioökonomische oder politische Lage in Nordafrika/Nahost zu beschreiben. In diesem Zusammenhang werden Schuldzuweisungen vorgenommen: In der Regel werden die Staatsführungen, die „herrschenden Cliques“ oder die „politisch- militärische Mafia“ für diese „Stagnation“ verantwortlich gemacht.

Die skizzierten Wahrnehmungen werfen drei Fragen auf:

1. Beschreibt der Begriff „Stagnation“ tatsächlich die aktuelle Situation in den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten?
2. Ist ein sozioökonomischer „Wandel“ in dem von einer Bevölkerungsmehrheit der Region erwarteten Sinne einer Wohlstand- und Wohlfahrtsförderung überhaupt als „realistisches“ Ziel einzustufen?
3. Kann der Staat, von dem dieser Wandel erwartet wird, den Anforderungen gerecht werden?

Ich will im folgenden einige Thesen hierzu formulieren.

### ***Zum Staat und zum Verhältnis Staat-Staatsbürger in Nordafrika/Nahost***

Die Funktionsfähigkeit eines Staates ist eng an seine Kontrollfähigkeit, die Wahrnehmung des Gewaltmonopols und die Stabilität der politischen Ordnung geknüpft. Wenn unter diesem Gesichtspunkt die Staaten in Nordafrika/Nahost betrachtet werden, dann wird deutlich, dass

1. der Staat in Nordafrika/Nahost als *der* zentrale politische Akteur und der Nationalstaat als Organisationsform bei der Mehrheit der Bevölkerungen in den Staaten der Region anerkannt ist und dass
2. dieser Staat gegenüber einem *äußeren Feind* als verteidigungswürdig gilt: Tatsächliche oder vermeintliche Angriffe auf die nationale Souveränität verfügen über Mobilisierungspotential.

Das Streben nach einem eigenen Staat oder nach größerer Selbstbestimmung ist Ursache von gewaltsamen Konflikten in der Region (Südsudan, Westsahara, Palästina). Integrationsbestrebungen wie die *Arabische Maghrebunion* scheiterten bislang u.a. an nationalstaatlichen Interessen (wie z.B. am ungelösten Westsaharakonflikt) oder sie waren vergleichsweise erfolgreich wie der *Golfkooperationsrat*, wenn es um rein wirtschaftlich-technische oder militärische Sicherheitsaspekte ging. Ähnliches gilt für regionale Kooperation im Rahmen der *Arabischen Liga*, wo die Kooperation gegen Terrorismus islamistischer Gruppen auf polizeilicher und justitieller Ebene voranschreitet.

Nach *innen* agiert der Staat in Nordafrika/Nahost seit den 1970er Jahren bis heute als „Organ der Kontrolle und der Regulierung“ für Wirtschaft und Gesellschaft. Die politischen Ordnungen sind bislang stabil, wobei dem Instrument „Gewalt“ in allen Staaten eine *zentrale Rolle* bei der Machtsicherung zukommt. Die Stabilität autoritärer staatlicher Organisation in Nordafrika/Nahost erklärte der amerikanische Politologe William Zartman für die 1970er und 1980er Jahre mit dem Einsatz sowohl *statischer* als auch *dynamischer* Elemente seitens der Staatsführungen: Zum einen, so Zartman, führte der effektive, periodisch verstärkte Einsatz des Kontrollinstrumentariums dazu, potentielle Gegner (jeder neu heranwachsenden Generation) im Land „zu lehren“, dass es besser sei, *zugunsten* des Staates als *gegen* den Staat zu agieren und vor allem nicht die Grundlagen des Staates verändern zu wollen; zum anderen nahmen die Staatsführungen in periodischen Abständen stets flexible, pragmatische Anpassungen an das sich verändernde innere und äußere, politische, wirtschaftliche und soziale Umfeld vor und berücksichtigten gezielt einige Forderungen spezifischer Bevölkerungsgruppen (z.B. wirtschaftliche Öffnung in Ägypten ab 1974; in Libyen ab 1987; Verbesserungen im Menschenrechtsbereich in Marokko insbesondere seit 1994; Zulassung politischen Pluralismus in Algerien seit 1989).

Zartmans Feststellungen beschreiben treffend nicht nur das Verhalten der Staatsführungen in Nordafrika/Nahost bis in die 1980er Jahre, sondern auch ihr gegenwärtiges Verhalten: Sie setzen eine Politik des „kontrollierten“, vorsichtigen Wandels um, die von außen gesehen vielfach den Eindruck der „Stagnation“ weckt, weil es zu keinen auffallenden qualitativen Veränderungen am politischen System oder in einzelnen Politikbereichen kommt. Die *Kontrollfähigkeit* der Staaten ist zwar nicht uneingeschränkt (z.B. Algerien, Libanon, Irak, Jemen, Ägypten: Teile der Megapole Kairo), doch das Gros des Territoriums ist staatlich kontrolliert und die zentralen staatlichen Institutionen und Dienste sind vorhanden und aktiv. Thesen von einem „Staatszerfall“ in einigen Staaten der Region sind m.E. nicht haltbar. Staatszerfall, definiert als Zerfall staatlicher Autorität und Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols in national nicht integrierten Gesellschaften *in einem solchen Ausmaß, dass*

*staatliche Aktivitäten kaum mehr stattfinden* und „weiße Flecken“ in amtlichen Statistiken überwiegen, trifft für die Region Nordafrika/Nahost derzeit nicht zu.

Es ist jedoch festzustellen, dass die *innere Dimension von Staatlichkeit* von einzelnen Bevölkerungsgruppen in den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten in den letzten Jahren sehr kritisch diskutiert und wahrgenommen wird; eine deutlich steigende „Ungeduld“ gegenüber den Staatsführungen bzw. mit dem Ergebnis ihrer Innenpolitik ist unverkennbar und intensiviert sich parallel zur Verschlechterung der Lebensbedingungen. Unzufriedenheit herrscht vor allem über die ausbleibenden entwicklungspolitischen Fortschritte, aber auch über mangelnde Rechtssicherheit des Einzelnen im Staat. Das Repertoire der legalen und illegalen Oppositionsgruppen reicht von Kritik an einzelnen Handlungen bis hin zur Infragestellung der Legitimität der Staatsführung und der gewaltsamen Entladung der Frustrationen (z.B. in sozialen Protesten wie in Algerien seit Ende April 2001). Es erfolgt dabei in der Regel eine Gleichsetzung von Staat und Staatsführung; die Ablehnung beider hat u.a. zur Folge, dass der Einzelne *nicht* bereit ist, in gesamtgesellschaftlichen Kategorien zu denken. Individuelle oder gruppenspezifische Ansprüche an den Staat stehen im Vordergrund. Gefolgschaft und Unterstützung sichern bedeutet somit für die Staatsführungen konkret: direkte Leistungen an Individuen oder einzelne Bevölkerungsgruppen zu verteilen.

Seit den 1980er Jahren sind die nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten mit Ausnahme der Golfstaaten und Saudi-Arabiens, die noch über größere Verteilungskapazitäten verfügen, erheblichen finanziellen Restriktionen unterworfen, so dass vor allem in entwicklungspolitischer Hinsicht (Ausnahme: Tunesien) von den betroffenen Bevölkerungen zunehmend ein „Versagen“ des Staates festgestellt wird. Diese Einschätzung fällt umso härter aus, weil die nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten seit den 1950er/1960er Jahren als „Versorgerstaaten“ auftraten. Von den Bevölkerungen der „Versorgerstaaten“ in Nordafrika/Nahost wird vom Staat die „Daseinssicherung des Einzelnen“ erwartet. Diese Haltung der Bevölkerungen von „Versorgerstaaten“ ähnelt durchaus der Erwartungshaltung einzelner Bevölkerungsgruppen in „Wohlfahrtsstaaten“ europäischer Prägung wie Untersuchungsergebnisse aus Deutschland von 1997 erkennen lassen.

Der „Versorgerstaat“ ist in der Mehrzahl der nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten zwar unwiderruflich ein Teil der Vergangenheit; aber bislang hat sich diese Erkenntnis in den Köpfen der Bevölkerung – egal ob jung oder alt – nicht festgesetzt. Der „Versorgerstaat“ ist, was die Erwartungshaltung der Bevölkerung angeht, so lebendig wie nie: Dies zeigte sich exemplarisch in Marokko 1998, als die Beteiligung der ehemaligen links-sozialistischen Opposition an der Regierung große Hoffnungen auf „schnelle“ soziale Verbesserungen für den Einzelnen weckte; nach der Inthronisierung des neuen marokkanischen Königs im Juli 1999 erhielten diese Hoffnungen „neue Nahrung“, um bereits nach zwei Jahren Amtszeit in allgemeine Klagen über die „ausbleibende Entwicklung“ zu münden. Ähnliches ist in Algerien zu beobachten, wo der im April 1999 gewählte Präsident Bouteflika u.a. versprach, die Wirtschaftsentwicklung und die Modernisierung des Landes voranzutreiben; bislang gehören zum Alltag der Bevölkerungsmehrheit jedoch die Erfahrung eines weiter sinkenden Lebensstandards, wachsender Armut und Arbeitslosigkeit oder des drohenden Arbeitsplatzverlusts. Auf diese in der Mehrzahl der Staaten der Region weitgehend identischen Alltagserfahrungen wird auf ähnliche Art und Weise reagiert: Das Ausbleiben der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wird „dem Staat“ bzw. „der Staatsführung“ angelastet. Der Staatsführung wird pauschal „Unfähigkeit“, die „Blockierung von Reformen“ zwecks eigener Privilegiensicherung und „Korruption“ unterstellt; ihr Verhalten wird als Hauptursache für die soziale und wirtschaftliche Misere des Einzelnen gesehen. Das Resultat ist eine Abwendung vom Staat und seinen Repräsentanten, die im Extremfall in periodische soziale Unruhen mündet (zuletzt Algerien 2001), die kriminelle Überlebensstrategien fördert oder – wie dies bereits Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre in Algerien eintrat – gewaltbereite Fundamentalopposition begünstigt.

**Fazit:** Das Verhältnis der Bevölkerungen in nah-/mittelöstlichen Staaten zum Staat ist gespalten. Als legitime Abgrenzung nach *außen*, *gegenüber einem vermeintlichen oder tatsächlichen Feind* ist der Staat anerkannt und kann sich der Unterstützung sicher sein. Die innenpolitische Leistungsfähigkeit gerät dagegen in zahlreichen Staaten immer mehr in die Kritik. Eine Desolidarisierung und

Gegenmobilisierung der von dem Leistungsdefizit besonders betroffenen, weit über 50% der Bevölkerung stellenden jungen Generationen ist die Folge. Es besteht deswegen die Gefahr, dass nordafrikanische/nahöstliche Staaten durch anhaltende bzw. dauerhafte entwicklungspolitische Ineffizienz in einem solchen Ausmaß diskreditiert werden bzw. ihre Legitimität einbüßen, das *mittelfristig* ihre Kontrollfähigkeit beeinträchtigt wird. Ein solches Szenario wird von einer langanhaltenden extrem schwierigen sozioökonomischen Lage begünstigt, die zum Überleben größere Bevölkerungsgruppen in einen informellen und illegalen, autonom und staatsfern organisierten Wohn-, Arbeits- und Lebensbereich zwingt.

### ***Ausgewählte entwicklungshemmende Faktoren***

Die Verwaltungswissenschaftler Thomas Ellwein und Joachim Hesse publizierten 1997 eine Streitschrift mit dem Titel „Der überforderte Staat“ (gemeint war Deutschland). Darin heißt es: „Die Abkapselung der Politik und das Fehlen einer systematischen Diskussion über ihre Handlungsmöglichkeiten führen [so] zu einer ständigen Aufgabenerweiterung und Überforderung. Da sich der [finanzielle, S.F.] Mittelrahmen nur selten ähnlich erweitern lässt, ist damit die Möglichkeit der verschlechterten Aufgabenerledigung von vorneherein verbunden [...]“ (S. 95)

Diese Situationsbeschreibung eines Wohlfahrtsstaates, dem die Mittel zur Fortsetzung der bisherigen Politik fehlen, passt auch als Situationsbeschreibung der „Versorgerstaaten“ in Nordafrika/Nahost, denen die Mittel zur Fortsetzung der Verteilungspolitik selbst auf dem reduzierten Niveau der 1980er Jahre fehlen, die sich jedoch derzeit quantitativ wachsenden Forderungen zur Daseinsabsicherung des Einzelnen gegenübersehen.

Die weltwirtschaftlichen Bedingungen, die zur Wirtschafts- und Finanzkrise in den 1980er Jahren führten, die von den Staatsführungen in Nordafrika/Nahost *selbstverursachten* Fehlentwicklungen sowie die – bereits spürbaren – Folgen des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses sind mitverantwortlich für diese Problemsituation in den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten. *Drei Faktoren* sind hervorzuheben, weil sie m.E. gegenwärtig ein besonderes Problem für diejenigen Staatsführungen in Nordafrika/Nahost darstellen, die wirtschaftliche Strukturreformen durchführen. Diese drei Faktoren sind wohlgerne nicht die einzigen Einflussfaktoren, aber es handelt sich bei ihnen um Faktoren, die bei Überlegungen des „Machbaren“ in Nordafrika/Nahost oftmals außer acht gelassen werden oder hinter den wirtschaftlichen und politischen Faktoren zurücktreten:

1. **Die Bevölkerungszahl:** Alleine in Nordafrika ist sie von 1960: 55 Mio. auf 1988: 88,4 Mio., derzeit 168 Mio. angewachsen, um 2010 bei rund 190 Mio. zu liegen. Im arabischen Nahen Osten leben gegenwärtig rund 91 Mio. Einwohner. Der sudanesishe Präsident Bashir hat – von diesen Zahlen völlig unbeeindruckt – im übrigen im August 2001 „mehr Polygamie“ gefordert, um die Bevölkerungszahl des Sudan von jetzt rund 30 Mio. auf 60 Mio. bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Wenn auch die meisten arabischen Staatsführungen gegenwärtig Geburtenkontrolle für sinnvoll erachten, so betrieb und betreibt mit Ausnahme Tunesiens kein Land eine offensive Politik zur Minderung der Geburtenrate. Angesichts der bisherigen Wirtschaftsentwicklung und angesichts der in den bevölkerungsstärksten Staaten noch bevorstehenden massiven Unternehmensschließungen im Rahmen der Restrukturierung und Privatisierung ist kurz- und mittelfristig somit die Forderung nach ausreichend Arbeitsplätzen entsprechend dem Bevölkerungsbedarf illusorisch. Illusorisch ist wegen der fehlenden Finanzmittel auch die an der Bevölkerungszahl ausgerichtete Bereitstellung und Unterhaltung staatlicher Infrastruktur und Dienstleistungen für alle auf kostenloser Basis bzw. zu einem für die Bevölkerungsmehrheit verkraftbaren Preis. Hinzukommt, dass die nutzbaren Flächen durch Ausweitung der Besiedelung schrumpfen und die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und vor allem auch Trinkwasser – um nur auf einige Folgen des Bevölkerungswachstums hinzuweisen – sich dramatisch verschlechtert.
2. **Die „Versorger-“ bzw. „Rentenstaatsmentalität“:** Sie dominiert in Nordafrika/Nahost und verhindert eine offene Debatte über die zukünftig vom Staat zu leistenden und leistbaren Aufgaben. Bislang halten die gleichermaßen der Versorger- und Rentenstaatsmentalität

verhafteten Staatsführungen an der *Strategie der Machtsicherung durch Anpassungen/„Kurskorrekturen“* fest. Selbst jene Staatsführungen, die die Notwendigkeit grundlegenderer Veränderungen zumindest im wirtschaftlichen und sozialen Bereich einsehen, schrecken vor strukturellen Eingriffen zurück, wenn sich massiver Widerstand formiert (wie der Widerstand gegen Privatisierung/Algerien, Marokko; gegen Modifikationen des Personalstatuts/Algerien, Marokko; gegen die Beschränkung des Einflusses religiöser Institutionen auf Politik und Gesetzgebung/Ägypten). Dadurch bleiben die tradierten Herrschaftsmechanismen bestimmend, d.h. von staatlicher Seite wird weiterhin versucht, Loyalität und Unterstützung/Mobilisierung zugunsten des Staates durch Etablierung klientelistischer Beziehungsstrukturen, Tolerierung von Korruption und durch entsprechende „Versorgung“ möglichst breiter Bevölkerungskreise und Interessengruppen mit materiellen und immateriellen Gütern zu erreichen – obwohl der Staat es sich eigentlich nicht mehr leisten kann. Allerdings wird wegen der geringeren Mittel die Gruppe, die von staatlichen Zuwendungen profitiert kleiner und die Gruppe der Ausgeschlossenen entsprechend größer. Dadurch steigt wiederum der Druck dieser ausgeschlossenen oder vom Ausschluß bedrohten Bevölkerungsgruppen auf den Staat, der keine überzeugenden Alternativen zum „Versorgerstaat“ anbieten kann. (Die Wanderbewegungen von Süden nach Norden zeigen auch, dass bei den Jüngeren kein Vertrauen in eine bessere Zukunft im eigenen Land besteht.)

### 3. *Der Wertekonservatismus*

In den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten dominieren in breiten Bevölkerungskreisen traditionelle Werte, Verhaltensmuster und Erwartungshaltungen. Die diesbezügliche Sozialisierung der nachwachsenden Generationen ist relativ intakt hinsichtlich

- der Erwartungshaltungen an die Familie/Großfamilie und schließlich den Staat,
- der Geschlechterbeziehungen und
- der Religion; breite gesellschaftliche Schichten lassen sich z.B. mobilisieren, um gegen angebliche Verstöße gegen religiöse Bestimmungen zu protestieren (z.B. in Marokko Februar 2000 im Zusammenhang mit der geplanten Modifikation des Personalstatuts). Im Namen „sozialer Gerechtigkeit“, ein Begriff mit religiöser Konnotation, versuchten und versuchen hauptsächlich islamistische Gruppen gegen den Staat zu mobilisieren; in Staaten, in denen die sozialen Disparitäten zunehmen wie in Nordafrika/Nahost, hat die Instrumentalisierung der Religion und religiöser Gleichheitsgebote stets eine politische Dimension. Die mit Tradition und Religion begründete Ungleichbehandlung der Frauen wirkt sich wiederum direkt auf die Familienplanung aus.

Die drei genannten Faktoren erschweren die Aufgabenerfüllung der Staaten in wachsendem Maß und können Entwicklungen in Gang setzen, die im Extremfall in eine breite Mobilisierung gegen den Staat/die Staatsführung münden. Problematisch ist eine solche Gegenmobilisierung deswegen, weil auch ein Wechsel der Staatsführung keine Lösung bringt; das entwicklungspolitische Dilemma kann keine auch noch so willige Staatsführung schnell und effektiv überwinden, da ihre Handlungsmargen durch materielle und strukturelle Faktoren zu eingeschränkt sind. Zudem hat das Fallbeispiel Ostdeutschland gezeigt, dass es selbst bei besserer Mittellage und hohen Transferzahlungen extrem schwierig ist, in ehemals planwirtschaftlich geführten Volkswirtschaften Entwicklung in Gang zu setzen.

Bis auf wenige Ausnahmen befinden sich die Staaten in Nordafrika/Nahost somit wegen der zahlreichen Bereiche, die *gleichzeitig* auf staatliche Regulierung und Orientierung warten, bereits in einer Krise. Das heißt, es haben sich Veränderungen wirtschaftlicher, sozialer und politischer nationaler und internationaler Art kumuliert, die *grundlegendere* Neuanpassungen von Politiken und Institutionen erfordern würden als jene, die bislang umgesetzt worden sind.

In den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten kommt hinzu, dass eine Mobilisierungsbereitschaft *gegen* den Staat latent vorhanden ist (z.B. seitens der gewerkschaftlich Organisierten; islamistischen

Gruppen; sozial Marginalisierten), so dass bei politischen Entscheidungen Rücksichten genommen werden, um keine zusätzlichen Konflikte auszulösen. Im Staatsapparat und in den Institutionen des Staates werden üblicherweise Interessenkämpfe um Zugang zu Ressourcen im Vorfeld von Entscheidungen ausgetragen, so dass die Staatsführung (Präsident oder Monarch) in der Regel eine *Politik des Ausgleichs* betreibt. Dadurch wird Loyalität und Unterstützung sowie Kontinuität gesichert, grundlegende Strukturreformen sind auf dieser Basis jedoch nicht umzusetzen – unabhängig davon, zu welcher Generation ein Präsident oder Monarch gehört und unabhängig davon, ob er persönlich eine Modernisierung wünscht.

### ***Entwicklungstendenzen***

Die mangelnden Distributionskapazitäten der nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten (mit Ausnahme Saudi-Arabiens und der Golfstaaten) und die nach wie vor vorhandenen hohen Ansprüche der Bevölkerungen an den Staat verstärken die innenpolitischen Spannungen und die zukünftigen Wahrscheinlichkeiten für aufbrechende (gewaltsame) Konflikte in Form sozialer Unruhen/Proteste in Ballungsräumen. Um die innere Ordnung, mit die wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung von Reformen, zu gewährleisten, und die Gegenmobilisierung möglichst niedrig zu halten, verschärfen die Staatsführungen die letzten Jahre sukzessive die Kontrollmechanismen. Sie versuchen erneut, durch institutionelle Reformen, die eine Konzentration um und auf das Staatsoberhaupt als Entscheidungszentrum festschreiben, die politische Handlungsfähigkeit der Staatsführung zu stärken. Es ist somit davon auszugehen, dass es in Nordafrika/Nahost bei zentralisierten, personalisierten, durch autoritäre Kontroll- und Sicherungsmechanismen geprägten Staaten bleibt, die nur auf diese Weise eine relativ stabile innere Ordnung und die Funktionsfähigkeit der Institutionen garantieren können. Das bislang von keinem Staat in Nordafrika/Nahost gelöste Dilemma besteht allerdings darin, *gleichzeitig* Wachstum zu fördern, also auch unliebsame Maßnahmen durchzusetzen, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten *und* dem liberal eingestellten Teil der gesellschaftlichen Elite sowie dem europäischen/amerikanischen Ausland keine allzu großen Angriffsflächen wegen mangelnder politischer Liberalisierung und Demokratisierung zu geben.

Abschließend möchte ich nochmals den Bogen schlagen zu den drei eingangs gestellten Fragen und sie kurz resümierend beantworten.

1. Beschreibt der Begriff „Stagnation“ tatsächlich die aktuelle Situation in den nah-/mittelöstlichen Staaten? Nein, es findet Wandel statt, nur oftmals weniger oder anderer als von in- und ausländischen Beobachtern erwartet.
2. Ist ein sozioökonomischer „Wandel“ in dem von einer Bevölkerungsmehrheit der Region erwarteten Sinne einer Wohlstand- und Wohlfahrtsförderung überhaupt als „realistisches“ Ziel einzustufen? Nein.
3. Kann der Staat, von dem dieser Wandel erwartet wird, den Anforderungen gerecht werden? Nein. Aber nicht nur der Staat/die Staatsführung erfüllt die Erfordernisse für grundlegenden sozioökonomischen (und ggf. politischen) Wandel nicht, auch die Bevölkerung in den nordafrikanischen/nahöstlichen Staaten ist nicht auf diesen Wandel vorbereitet und es sind – aus individueller Perspektive betrachtet durchaus verständlich – wachsende Teile der Bevölkerungen in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens nicht bereit, weitere negative sozioökonomische Entwicklungen hinzunehmen: soziale Proteste, informelle und illegale Aktivitäten sind ein Ausdruck dieses Widerstands, ebenso wie die zunehmende Abstützung auf ein klientelistisches System und Korruption.

Europäische Staaten bzw. europäische Institutionen und Organisationen sollten deswegen ihre Erwartungen an die nah-/mittelöstlichen Staaten drastisch senken und vor allem solche Initiativen und Projekte fördern, die – trotz aller bestehenden Beschränkungen und Hemmnisse – zu einer langfristigen Verbesserung der sozialen und sozioökonomischen Lage in den Staaten der Region einen Beitrag leisten können. Anders ausgedrückt, es sollten solche Initiativen intensiviert werden, die eine weitere massive Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage *begrenzen* helfen.